



## Presseinformation

Nr. 56 / 2012

Kiel, Dienstag, 07. Februar 2012

**Wolfgang Kubicki**, MdL  
Vorsitzender

**Günther Hildebrand**, MdL  
Stellvertretender Vorsitzender

**Katharina Loedige**, MdL  
Parlamentarische Geschäftsführerin

Länderfinanzausgleich / Mögliche Klage der Geberländer

### Wolfgang Kubicki: Appell zu einer konstruktiven Debatte zum Länderfinanzausgleich

Zur aktuellen Diskussion um den Länderfinanzausgleich erklärt der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, **Wolfgang Kubicki**:

„Die Androhung der Geberländer Bayern und Hessen, notfalls vor dem Verfassungsgericht zu klagen, ist als Grundlage für Gespräche über eine Neugestaltung des Länderfinanzausgleichs äußerst kontraproduktiv.“

Allerdings würden die SPD-regierten Bundesländer wie Nordrhein-Westfalen, Berlin oder Bremen mit ihren immer wiederkehrenden Neuverschuldungsorgien solche Aussagen auch regelmäßig provozieren. Verständnis äußert Wolfgang Kubicki jedoch für die Forderung der Geberländer nach Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung in den Nehmerländern. „Der Länderfinanzausgleich sollte Konsolidierungsanstrengungen berücksichtigen. Schleswig-Holstein geht hier mit gutem Beispiel voran. Die schwarz-gelbe Landesregierung hat mit der Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung und den eingeschlagenen Konsolidierungskurs einen guten Weg eingeschlagen. Dies könne als Beispiel für die anderen Nehmerländer dienen“, erklärt Kubicki.

„Investitionen in Bildung und Infrastruktur bei gleichzeitiger Haushaltskonsolidierung schließen solide Steuereinnahmen nicht aus. Dies beweist Schleswig-Holstein jeden Monat aufs Neue“, so Kubicki weiter. Auch seien die Zuweisungen an Schleswig-Holstein auf nicht einmal 115 Mio. Euro gesunken (im Jahr 2008 betragen die Zuweisungen noch rd. 177 Mio. Euro). Damit erhalte Schleswig-Holstein die geringsten Mittel aus dem Länderfinanzausgleich.

„An dem Geist des Länderfinanzausgleichs, der im Grundgesetz verankert ist, darf nicht gerüttelt werden. Für ein Bundesland wie Bayern ist es leicht, hohe Steuereinnahmen zu erzielen, wenn Bundesminister Gelder für Infrastrukturprojekte besonders gern an finanziell starke Bundesländer vergeben. Daher brauchen die finanzschwachen Länder solidarische Unterstützung der Geberländer“, so Kubicki abschließend.